



PLATZANGST

GROSSBRITANNIEN Das Land will sich aus der Umklammerung der Finanzbranche befreien – und setzt damit sein gesamtes Geschäftsmodell aufs Spiel.

Mitte Dezember ließ sich Jamie Dimon mit einem Telefonanschluss verbinden, den selbst der Chef der US-Großbank J. P. Morgan nicht jeden Tag anruft: London, Whitehall, the Chancellor of the Exchequer, please! Es folgte ein Gespräch, in dessen Verlauf Dimon dem eindrucksvollen Titel seines Gegenübers keinen übertriebenen Respekt gezollt haben soll – um es mal zurückhaltend auszudrücken.

Chancellor Alistair Darling, der sich in Ländern mit einer weniger langen konstitutionellen Tradition schlicht Finanzminister nennen würde, bekam unverblümt vorge-rechnet, wie viel Geld J. P. Morgan gerade in seine neue Europa-Zentrale im Londoner Finanzzentrum Canary Wharf investiere: 1,5 Milliarden Pfund nach bisherigem Stand, aber so wie sich die Dinge entwickelten, könne man ja in Zukunft in London mit deutlich weniger Büroraum auskommen.

Anlass des Telefonats: Jene Bonus Tax, die bis heute die Londoner Finanzbranche in Rage versetzt. Alle Banken in Großbritannien müssen auf Erfolgsgratifikationen über 25 000 Pfund in diesem Jahr eine einmalige Strafsteuer von 50 Prozent entrichten.

Die Bonus Tax bildet nur den Schlusspunkt einer ganzen Reihe von neuen Regeln, mit denen die Labour-Regierung der britischen Finanzbranche und ihren gut verdienenden Angestellten auf den Leib rückt. Der Spitzensteuersatz steigt im April von 40 auf 50 Prozent, die Kapitalertragsteuer wurde auf 18 Prozent vereinheitlicht – vor allem zulasten Londoner Hedgefonds, die bislang von einem ermäßigten Satz profitierten. Auch die Schlupflöcher, dank denen wohlhabende Ausländer mit Wohnsitz in Großbritannien kaum Steuern zahlen mussten, werden enger gemacht. Ein Schritt, der viele gut verdienende Finanzmanager trifft.

Vordergründig entsprechen all diese Steuererhöhungen dem Wunsch der Briten, die Banker an den Kosten der von ihnen verursachten Krise zu beteiligen – verbunden mit ei-

High Noon: Viele aus dem Londoner Banken-
viertel Canary Wharf wollen das Land verlassen

ner gerechten Strafe für jene Chuzpe, mit der sich die Finanzbranche im Jahr zwei nach Lehman bereits wieder Milliardenboni gönnt.

Und ja, ein Schuss populistischer Stimmfang vor den Unterhauswahlen im Mai mag auch eine Rolle spielen.

Doch es geht um mehr. Ausgerechnet zu einer Zeit, in der das Land in den Nachwehen der schwersten Rezession seit 1931 steckt und die öffentlichen Haushalte mit 12 Prozent Defizit völlig aus dem Ruder gelaufen sind, setzt die Labour-Regierung das bisherige Geschäftsmodell des Vereinigten Königreichs aufs Spiel.

Londons Status als wichtigstes Finanzzentrum der Welt ruhte maßgeblich auf lockerer Regulierung, niedrigen Steuern und einem neidarmen gesellschaftlichen Klima, in dem reiche Citybanker eher als Vorbild denn als Affront galten. In Sachen Regulierung haben die britischen Aufsichtsbehörden bislang vor allem ihre Rhetorik verschärft. Doch die anderen beiden Säulen des britischen Geschäftsmodells, sie wackeln.

Im Global Competitiveness Report des World Economic Forum ist Großbritannien innerhalb von drei Jahren vom 2. auf den 13. Platz abgesackt – vor allem wegen höherer Steuern. „Die Botschaft, dass das Vereinigte Königreich Gutverdiener nicht mehr willkommen heißt, dürfte in den Ohren der rivalisierenden globalen Finanzzentren wie Musik klingen“, warnt Stuart Fraser von der City of London Corporation, der Interessenvereinigung der Finanzbranche.

Spätestens seit Darlings Bonus Tax stellen Banken und Hedgefonds den bislang selbstverständlich gewählten Standort London infrage. Bei Goldman Sachs prüft man dem Vernehmen nach, ob Teile des Deviseneigenhandels nach Genf verlegt werden können. Goldman-Verwaltungsabteilungen sollen angeblich auf die andere Seite des Ärmelkanals nach Belgien wandern, in Eurostar-Distanz zum alten Standort. Und Headhunter berichten: Bei der Credit Suisse werde Mitarbeitern im Bereich Corporate Finance neuerdings freigestellt, ob sie statt von London lieber von Frankfurt oder Zürich aus arbeiten wollen – schließlich sei es egal, von welchem Flughafen aus sie morgens zum Kunden starteten.

„In jeder Großbank gibt es derzeit mindestens eine Arbeitsgruppe, die sich

Weg von den Banken – aber wie?

Welche Wirtschaftskonzepte im Mai zur Wahl stehen



überlegt, welche Geschäftsbereiche zwingend in London bleiben müssen“, sagt ein ranghoher Investmentbanker.

Was für ein Stimmungswandel! Noch vor gut zwei Jahren hatte London den Rivalen New York abgehängt – endgültig, wie es schien. Nirgendwo fanden mehr internationale Börsengänge großer Unternehmen statt als an der Themse, nirgendwo wurden mehr Devisen gehandelt, nirgendwo mehr grenzüberschreitende Kredite ausgereicht. Kein Land weltweit verzeichnete höhere Kapitalim- und -exporte als Großbritannien.

Sollte London den Titel Welthauptstadt des Geldes nun wieder verlieren, weil die Labour-Regierung mit Steuererhöhungen für Reiche auf Stimmfang geht? Büßt die britische Wirtschaft mit der Finanzindustrie ihren wichtigsten Wachstumstreiber ein? Und was wird dann aus einem Land, dessen Bewohner das Herstellen von Gegenständen, den Älteren als Industrie bekannt, inzwischen weitgehend verlernt haben?

„ACH WAS, GAR NICHTS wird sich ändern!“, sagt Christian Bergmann und lässt ein gut gelauntes Lachen folgen. Der derzeit wohl enthusiastischste Ver-

teidiger des Finanzplatzes London trägt sein Hemd einen Knopf zu weit offen und sein Haar einen Tick zu lang, um als typischer City-Banker durchzugehen. Und doch hat der gebürtige Kalifornier London vor sechs Jahren zu seiner Wahlheimat gemacht, führt seine Private-Equity-Boutique Alegro Capital vom 16. Stock eines Büroturms aus, direkt neben der Bank of England.

Eine Standortalternative in Europa? Die sieht Bergmann nicht. Nur hier in London gebe es die Spezialabteilungen der großen Banken, die Kapital für seine Firmenübernahmen bereitstellten. Nur hier säßen die hoch spezialisierten Anwaltskanzleien, die Verträge für Bergmanns Deals schrieben. Und spätestens seit Obamas Plan, Geschäftsbanken den Eigenhandel zu verbieten, sei doch wohl klar: Schärfere Regeln drohen der Branche in New York ebenso wie in London.

„Meine Mitarbeiter rekrutiere ich, indem ich den besten jungen Investmentbankern in Frankfurt, Zürich oder Paris einen Job in London biete“, sagt Bergmann. Das funktioniere noch immer – so schlimm könnten die Steuererhöhungen also nicht sein. Und wieder schickt er ein gut gelauntes Lachen hinterher.

Lager 1: Premierminister Gordon Brown (hinten l.) und Labour-Wirtschaftsberater Roger Liddle (vorn l.) wollen eine Renaissance der britischen Industrie. Sie setzen auf die Förderung von Zukunftsbranchen wie Umwelttechnik.

Lager 2: Auch der konservative Schattenpremier David Cameron (hinten r.) hält sich mit Solidaritätsbekundungen für Banker zurück. Doch sein Berater Stanley Fink (vorn r.) will die angestammten Stärken des Finanzplatzes London weiter nutzen, zum Beispiel für Wachstumsmärkte wie „Green Finance“.

Londons Status als führendes Weltfinanzzentrum wird abgepuffert durch einen gewaltigen, über viele Jahre aufgebauten Netzwerkeffekt. Keine halbwegs relevante Bank kann es sich leisten, hier nicht vertreten zu sein. Und weil jede Bank hier vertreten ist, zieht es alle, die in der Finanzbranche nach oben wollen, automatisch an die Themse.

Doch gerade in diesem Netzwerkeffekt liegt die Gefahr: Die Dinge können hier ziemlich lange schief laufen, ohne dass irgendjemand etwas merkt. Die Wettbewerbsfähigkeit Londons geht nicht mit einem Knall verloren, sie erodiert schleichend. Und womöglich heißt der Hauptrivale auch gar nicht mehr New York.

In der Krise ist der Anteil der Finanzbranche an der britischen Wirtschaftsleistung von 10 auf 7 Prozent gesunken. „Die entscheidende Frage“, sagt Philip Finch, Bankenanalyst bei UBS London: „Wo wird dieses verlorene Geschäft in den kommenden Jahren wieder aufgebaut? Und wo finden anschließend die weiteren Zuwächse statt?“

Der Vorstandschef der HSBC, der größten britischen Bank, hat seine Antwort bereits gegeben: Er wird seinen Dienstsitz demnächst nach Hongkong

verlegen. Nicht wegen der Bonus Tax, sondern „weil Asien und China das neue Gravitationszentrum der Welt bilden“. Dem Chef der Standard Chartered Bank sagt die Gerüchteküche in der City ähnliche Absichten nach – möglicher künftiger Dienstsitz: Singapur.

Der Global Financial Centres Index, herausgegeben von der Verwaltung der City of London, sieht Hongkong und Singapur schon heute als Weltfinanzzentren auf Augenhöhe mit London und New York (siehe Grafik Seite 86). „Die beiden asiatischen Standorte könnten sich einen Gutteil des Geschäfts sichern, das London in der Krise verloren hat“, sagt Finch.

Nicht nur, weil die ehemaligen britischen Kronkolonien nahe an den Wachstumsmärkten China und Indien liegen. Hongkong und Singapur verstehen es auch, das etwas anrühige Spiel der „institutional arbitrage“ zu spielen. So nennt man die Neigung von Banken, ihr Geschäft immer dort auszubauen, wo die Steuerlast gerade möglichst niedrig erscheint, die Bankenaufsicht leger und das Bankgeheimnis sicher.

Auch Londons Aufstieg begann mit solcher Standort-Arbitrage. Vor 30 Jahren ging die damalige Premierministerin Margaret Thatcher einen heiklen Pakt ein: Mit einer massiven Deregulierung der Finanzmärkte wurden Banken, Versicherungen und Investmentfonds aus aller Welt in die daniederliegende City of London gelockt. Sie brachten neue Jobs mit, anhaltendes Wirtschaftswachstum und hohe Steuereinnahmen. Doch je größer und erfolgreicher die Londoner Finanzbranche wurde, desto weniger konnte es sich die Politik leisten, den Bankern einen Wunsch abzuschlagen.

Der Machtwechsel von den Tories zu Labour 1997 änderte daran nichts. Im Gegenteil: Der neue Premierminister Tony Blair schaffte es, all die Trader und Financial Engineers in seine große Erzählung von „Cool Britannia“ zu integrieren. Die Handelssäle der großen Banken standen jetzt für den erfolgreichen Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und für eine neue, zeitgemäße Form von sozialer Gerechtigkeit: In der City konnte es nun jeder nach oben schaffen, gleich, welche Hautfarbe er hatte, egal, aus welcher Familie er kam. Hauptsache, er war hungrig, schlau und fleißig.

Roger Liddle hat an dieser Erzählung mitgeschrieben. Von Anfang an gehörte

der Leiter des Londoner Thinktanks Policy Network zu Blairs Küchenkabinett. Doch im Unterschied zu Blair selbst und den meisten seiner Weggefährten hat es Liddle bis heute geschafft, sich im Zentrum der Macht zu halten.

Eine Tatsache, die der rundliche Liddle gut zu verbergen weiß. In seinem zugekramten Büro direkt neben den Houses of Parliament hievt er erst einmal wohligh seufzend die Füße mitsamt den abgewetzten Wildleder-Brogues auf den Couchtisch. „Wir stehen an einer Zeitenwende“, sagt er dann. „Seit 1980 hat dieses Land für sein Wachstum vor allem auf die Finanzindustrie vertraut.“

Zu lange?

„Ja, im Rückblick gesehen zu lange.“

Im aktuellen wirtschaftspolitischen Programm der Labour-Regierung, das Liddle maßgeblich formuliert hat, spielen Banken kaum noch eine Rolle. Stattdessen geht es nun wieder um klassische Industriepolitik. Zukunftsbranchen wie Umwelttechnik sollen mit staatlichen Zuschüssen aufgebaut werden, den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen will man verbessern. „Wir bräuchten in Großbritannien so etwas wie eure Fraunhofer-Gesellschaft“, sagt Liddle.

Und wenn bei den Unterhauswahlen im Mai die Tories an die Regierung kommen? Schließlich führt Schattenpremier David Cameron in Umfragen deutlich vor Gordon Brown.

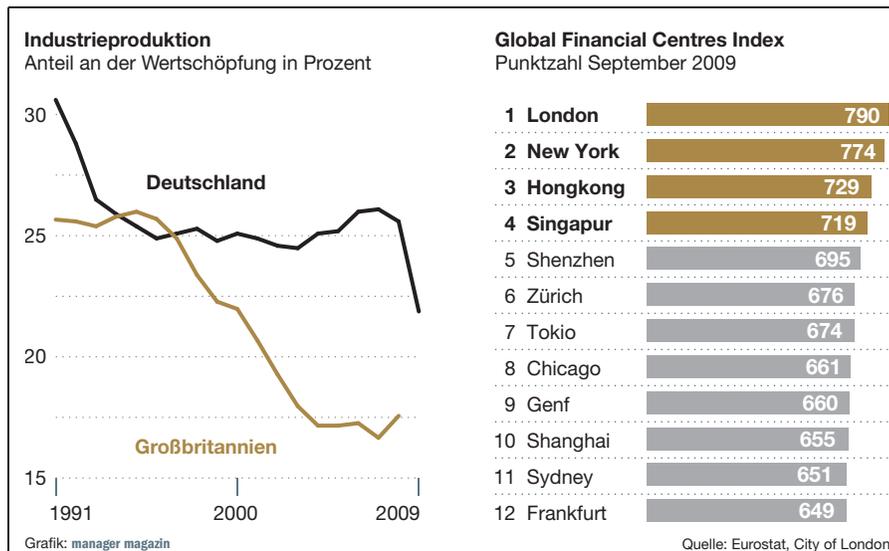
„Die Konservativen haben die gesellschaftliche Veränderung genauso wahrgenommen wie Labour“, sagt Liddle. Die Trennlinie verlaufe in dieser Frage nicht mehr zwischen links und rechts, sondern zwischen gestern und heute.

IN DER TAT HÄLT SICH David Cameron mit Kritik an der Bonus Tax und Solidaritätsbekundungen für Banker auffallend zurück. Statt über die Zukunft des Bankensektors redet auch er lieber über Windenergie, über eine strengere Bankenaufsicht und eine „balanced economy“, die „nicht länger auf einigen wenigen Sektoren beruhen darf“.

Nach drei Dekaden versucht sich Großbritannien aus dem Pakt mit der Finanzbranche zu befreien. Ein ganzes Land hat die Banker satt.

Fehlt erst einmal die politische Unterstützung, werden die Standortvorteile für die Finanzbranche in London weiter

Starke Banken, schwache Fabriken



Spezialisierung: In den vergangenen drei Jahrzehnten hat Großbritannien seine Wirtschaftspolitik weitgehend auf die Finanzbranche ausgerichtet. Zusammen mit New York, Hongkong und Singapur ist London heute ein „Global Leader“ unter den Finanzzentren. Zu diesem Urteil kommt eine Studie im Auftrag der City of London, die quantitative Standortfaktoren mit einer weltweiten Befragung von Mitarbeitern der Finanzbranche kombiniert und daraus eine Punktwertung und ein Ranking erstellt (rechte Grafik).

Der Preis für Londons Aufstieg: Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung ist kontinuierlich gesunken – im Unterschied zu Deutschland (linke Grafik).

erodieren – ohne dass bislang gleichwertiger Ersatz für die angeschlagene britische Volkswirtschaft erkennbar wäre. „Es lässt sich wesentlich leichter eine angestammte Marktposition verlieren als eine neue aufbauen“, warnt Timothy Plaut, langjähriger Deutschland-Chef von Goldman Sachs, der heute in London lebt. „Von den Kapitalmärkten über die Infrastruktur bis zum Ausbildungssystem hat sich ganz Großbritannien 30 Jahre lang auf die Finanzbranche ausgerichtet.“

Jetzt wieder auf klassische Industrie zu setzen? „Schwierig in einem Land, das noch nicht einmal so etwas wie eine Facharbeiterkultur kennt.“

Noch kehrt keine große Investmentbank London den Rücken – schon deshalb, weil niemand weiß, wie die Regulierungsdebatte in den USA und den übrigen Industriestaaten verlaufen wird. Noch belassen es die großen Spieler bei Drohungen wie J. P. Morgan, bei Planspielen wie Goldman Sachs oder bei symbolischen Schritten wie HSBC.

Doch in einem anderen, beweglichen Segment des Finanzmarktes zeigt sich bereits, wie schnell Londons Marktführerschaft erodieren kann. 80 Prozent aller europäischen Hedgefonds residieren an der Themse – noch. Der Netzwerkeffekt hat diese junge Branche nach London gelockt. Das Gros der Unternehmen besteht aus wenig mehr als einer gemieteten Büroetage in Mayfair, einem

Dutzend Computerarbeitsplätzen und einer Investmentidee.

IN GENAU SOLCH EINER BÜROETAGE steht auch Stanley Fink, den sie in London „Godfather of Hedgefonds“ nennen. Fink, roter Schlips zu scharfem Scheitel, machte 1994 die Man Group zum ersten börsennotierten Hedgefonds überhaupt und sich selbst zum Multimillionär.

Die Führung der Man Group hat Fink längst abgegeben, heute stattet er seinem jüngsten Baby einen Besuch ab: den Earth Capital Partners. Der Fonds will von Investoren fünf Milliarden Dollar Kapital einsammeln, um sie in Greentech zu investieren, in Umwelttechnik oder nachhaltige Energieerzeugung. Aber ob dies von London aus geschehen wird?

„Fondsmanager fühlen sich hier momentan nicht gerade geliebt. Gleichzeitig gibt es Städte wie Zürich und Genf, die wesentlich fürsorglicher mit ihrer Finanzcommunity umgehen“, sagt Fink.

In Pfäffikon nahe Zürich hat sich innerhalb kurzer Zeit ein zweiter europäischer Hedgefonds-Cluster etabliert. Allein die Man Group beschäftigt hier 620 Mitarbeiter, der örtliche Metzger führt englische Roastbeef-Sandwiches. Nach den britischen Steuererhöhungen und einer neuen EU-Richtlinie zur schärferen Kontrolle der Fonds hatte Pfäffikon erneut ein paar Computerarbeitsplätze mehr. Ein weiterer Cluster bildet sich gerade am Genfer See, wo vor allem die

Nähe zu den Genfer Privatbanken lockt. Deren Kunden zählen zu den bevorzugten Investoren der Fonds.

Doch Fink sieht sich nicht nur als kühl kalkulierender Investor, der Londons Netzwerkeffekte gegen die Steuer- und Regulierungsvorteile in der Schweiz aufwiegt. Mindestens ebenso sehr sieht er sich als britischer Patriot. Er organisiert das Fundraising für Camerons Wahlkampf, ist selbst einer der größten Parteispender und hat am wirtschaftspolitischen Programm der Konservativen mitgeschrieben. Ihm ist es zu verdanken, dass nun auch die Tories auf alternative Energiequellen setzen.

Das Geschäftsmodell von Earth Capital sieht Fink als Blaupause für die Londoner Finanzbranche: Kapitalmarktinstrumente rund um die Boombranchen Umwelt- und Klimaschutz, die sogenannte Green Finance, könnten neues, nachhaltiges und vor allem gesellschaftlich akzeptiertes Wachstum bringen.

Ohne eine Finanzbranche, die sich in London wohlfühlt, wird es den Briten schwerfallen, auf alte Wachstumspfade zurückzukehren. Es kann sicher nicht schaden, wenn die Wirtschaftspolitik auch die Reste der britischen Industrie weniger stiefmütterlich behandelt als in den vergangenen Jahrzehnten. Doch Finks Weg hat zumindest den Vorteil, dass für ihn nicht die gesamte DNA der britischen Volkswirtschaft umgeschrieben werden muss. *Christian Rickens*